

A8

Antrag

BDKJ Diözesanversammlung Hildesheim 2021 - Antrag

Initiator*innen: Kristin Steckel (Diözesanvorstand)

Titel: Politische Forderungen zur Landtagswahl

Antragstext

1 Der BDkJ DV Hildesheim stellt folgende politischen Forderungen zur Landtagswahl
2 und wird diese über den BDkJ in Niedersachsen an die Politik richten:

3 Als BDkJ in Niedersachsen fordern wir aus Sicht einer der größten jugend-
4 verbandlichen Akteur*innen die politischen Parteien auf, sich für ein Kinder-
5 und Jugendgerechtes Land einzusetzen, indem sie

- 6 • die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen rund um die
7 Corona-Maßnahmen mitdenken und diese Belange in den politischen
8 Entscheidungen berücksichtigen.

- 9 • sich auf Bundesebene und im Bundesrat, für die Verankerung der Kinder- und
10 Jugendrechte im Grundgesetz einsetzen.

- 11 • bezahlbaren Wohnraum und damit Rückzugsmöglichkeiten für Kinder und
12 Jugendliche schaffen.

- 13 • allen Kindern und Jugendlichen eine kostenlose Nutzung eines ÖPNV

14 garantiert, um einen gleichen Zugang zu Angeboten des gesellschaftlichen
15 Lebens zu gewährleisten.

16 • weiterhin außerschulische (Aus-)Bildungsmöglichkeiten fördern und
17 zugänglicher für alle jungen Menschen unabhängig machen.

18 • einen gemeinsamen, verbindlichen mit den Jugendverbänden entwickelten
19 Jugendcheck in der Legislaturperioden nach der Landtagswahl 2022
20 einführen.

21 • das aktive Wahlalter auf 14 Jahre und das passive Wahlalter auf 16 Jahre
22 senken.

23 • das Wahlrecht für EU-Bürger*innen auf Landesebene analog zur Kommunalwahl
24 einführen.

25 Katholische Jugendverbände leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer kinder-
26 und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der
27 Sozialisation junger Menschen. Hierfür ist eine grundständige Förderung
28 notwendig, für die wir fordern,

29 • das Jugendförderungsgesetz (JFG) zeitgemäß anzupassen und fortzuschreiben.

30 • Jugendverbände an der Novellierung des Jugendförderungsgesetz zu
31 beteiligen.

32 Folgende inhaltliche Forderungen sind in der Novellierung zu
33 berücksichtigen:

34 • Schulkooperationen von Jugendverbänden z. B. im Rahmen der Ganztagschulen
35 sind im JFG zu ermöglichen.

36 • Bildungsmaßnahmen landesweit anerkannter Träger sind von Landesinteresse
37 und bedürfen keiner Legitimation z.B. durch die Überprüfung einer

38 Überörtlichkeit.

39 • Die Bildungsmittel (JFG § 10) sind an die Realitäten anzupassen, d. h.
40 mindestens dynamisch zu erhöhen.

41 • Die Arbeit der Jugendverbände ist durch die Refinanzierung der
42 Bildungsreferent*innen-Stellen (JFG § 6) und die
43 Verwaltungskostenzuschüsse (JFG § 7) langfristig zu sichern.

44 • Einen Bürokratieabbau, der die Verschlankung und Digitalisierung der
45 Verwendungsnachweisprüfung umfasst, ist notwendig.

46 Die Katholische Jugendverbandsarbeit in Niedersachsen wird von unzählig
47 engagierten jungen Menschen geleistet. Jugendverbandsarbeit bedarf einer
48 deutlichen Ehrenamtsstärkung, für die wir fordern,

49 • dass sich für die Erhöhung der Ehrenamtspauschale auf 900 Euro und eine
50 Nicht-Anrechnung auf staatliche Bezüge, z. B. im Rahmen von Hartz4 oder
51 BaFög, auf Bundesebene eingesetzt wird.

52 • dass ein Rechtsanspruch auf fünf Tage bezahlte Freistellung (inkl. soz.
53 Versicherung) / Sonderurlaub für ehrenamtliches Engagement unter
54 Fortzahlung des Bruttogehalts, für z. B. Gruppenleiter*in in Ferien- und
55 Freizeitmaßnahmen, eingeführt wird. Die Arbeitgeber*innen sollen die
56 Möglichkeit haben, beim Land eine Erstattung der Lohnkosten für die Zeit
57 des Sonderurlaubs zu beantragen.

58 • dass ein flächendeckender Ausbau des ÖPNV in ganz Niedersachsen –
59 besonders im ländlichen Raum, geschieht. Nur so kann einem Stadt-Land-
60 Gefälle von ehrenamtlichem Engagement entgegengewirkt werden.

61 • dass ein ÖPNV-Jugend-Ehrenamtsticket für alle Juleica-Inhaber*innen bis
62 zur Vollendung des 27. Lebensjahres, die in Niedersachsen wohnen oder
63 deren Schule oder Ausbildungsstätte in Niedersachsen liegt, eingeführt
64 wird.

- 65
- dass ehrenamtliches Engagement für Leistungen im Studium, z. B. über
- 66
- sogenannte „Credit-Points“ und „Ehrenamtssemester“, unterstützt wird.

67 Digitalisierung und Medienkompetenz sind wichtige Bausteine für
68 gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung junger Menschen in Niedersachsen.
69 Hier besteht Nachhol- und Ausbaubedarf. Daher ist es aus unserer Sicht zwingend
70 erforderlich,

- 71
- dass es einen flächendeckenden Ausbau von frei zugänglichen WLAN- sowie
- 72
- Mobilfunknetzen gibt.

- 73
- dass der Zugang zu diesen Netzen nicht an fehlenden finanziellen Mitteln
- 74
- scheitert, sondern die Landesregierung durch unbürokratische
- 75
- Förderprogramme (mobile) Endgeräte zur Verfügung stellt.

- 76
- dass die neue Landesregierung dafür Sorge trägt, dass es ausreichend
- 77
- medienpädagogisches Personal in formellen und informellen
- 78
- Bildungseinrichtungen gibt, um den (sicheren) Umgang mit diesen Medien zu
- 79
- erlernen und digitale Selbstbestimmung zu fördern.

- 80
- dass Mitarbeiter*innen im Jugendverbandsbereich die notwendigen
- 81
- Verwendungsnachweisprüfungen und Antragsstellungen durch eine möglichst
- 82
- unbürokratische und digitale Verwaltung ermöglicht wird.

Begründung

Die jugendpolitischen Forderungen wurden gemeinsam mit den Partner*innen aus Oldenburg und Osnabrück im Rahmen des BDKJ Niedersachsen erarbeitet und sollen durch den Antrag von den Diözesanverbänden bestärkt werden. Weitere Begründung erfolgt mündlich durch Antragssteller*innen.